Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 4

Artikel: Sexualität als politisches Thema?
Autor: Gafner, Lina
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390228

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lina Gafner

Sexualität als politisches Thema?

Die Abtreibungsfrage als Teil einer revolutionären «Sexualpolitik» in der Zwischenkriegszeit

Die Sexualreformbewegung der Vor- und Zwischenkriegszeit hat nicht annähernd die Berühmtheit der sexuellen Revolution der sechziger Jahre erlangt. Dass dem Sex heute eine derart wichtige Rolle für die individuelle Entwicklung und Verwirklichung zugesprochen wird, hat seine Wurzeln allerdings bereits in den Anfängen der Sexualwissenschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Jene vor allem sozialistischen Ärzte und Wissenschaftler-Innen, für welche aus den Erkenntnissen dieser damals jungen Disziplin auch politische Forderungen resultierten, begründeten die Sexualreformbewegung. Ziel dieser Bewegung war eine neue Herangehensweise an brennende Fragen ihrer Zeit, womit auch ein neuer Sexualitätsbegriff verknüpft war.

Die Historikerin Lina Gafner gibt Einblick in ihre jüngst publizierte Arbeit über die Sexualreformbewegung in der Schweiz.

Zwischen den beiden Weltkriegen erhielt die Sexualreformbewegung, die eine bessere Aufklärung, eine neue Sexualmoral und einen breiten Zugang zu günstigen Verhütungsmitteln forderte, neuen Aufschwung, nachdem der Krieg sie hatte verstummen lassen. Im Berlin der Weimarer Republik war unter vielen anderen der berühmte Sexualforscher Magnus Hirschfeld aktiv, und aus der jungen Sowjetunion erreichten Nachrichten über die ersten Erfahrungen mit einem liberalisierten Sexualstraf- und Eherecht und mit der legalisierten Abtreibung die interessierten Kreise. Diese Entwicklungen blieben auch in der Schweiz nicht unbeachtet. Die Hinweise auf hierzulande engagierte Sexualreformerinnen und -reformer verdichteten sich rund um das Ehepaar Fritz und Paulette Brupbacher sowie deren Freundin Minna Christinger.

Der Brupbacher-Kreis

Fritz Brupbacher (1874–1945) stammte aus einer bürgerlichen Zürcher Familie und versprach sich von seinem Medizinstudium zuerst vor allem ein sicheres Einkommen. Während des Studiums lernte er seine spätere erste Frau, Lidija Petrowna kennen, die ihm den Sozialismus näherbrachte. Nachdem ihm aufgrund eines Referats gegen den frauenfeindlichen Göttinger Gynäkologen Max Runge die Promotion verweigert worden war, entschied er sich gegen eine wissenschaftliche Karriere und für ein soziales und politisches Engagement. Er kam zu der Überzeugung, dass er als Arzt im Arbeiterviertel Aussersihl am meisten für die Unterschicht tun konnte, und gleichzeitig trat er in die sozialdemokratische Partei ein. Später wechselte er zur Kommunistischen Partei, die ihn 1933 wegen seiner kritischen Haltung zur Trotzkifrage und zum Stalinismus ausschloss. 1922 lernte der nicht mehr unbekannte Arbeiterarzt die aus dem heute in Weissrussland liegenden Pinsk stammende Paula Raygrodski (1880–

1967) kennen. Paulette, wie sie meist genannt wurde, hatte an der Universität Bern in Philosophie promoviert und anschliessend in Genf Medizin studiert. Die beiden heirateten 1924 und führten fortan die Praxis in Aussersihl gemeinsam. Leider trifft auf die beiden ein in der historischen Arbeit häufiges Problem zu. Paulette hat den Nachlass ihres Mannes bei dessen Tod geordnet und dem Sozialarchiv übergeben, damit also wichtige Vorarbeit für die historische Forschung geleistet. Für ihren eigenen Nachlass hat dies niemand getan, weshalb über sie viel weniger Material zu finden ist und die Auseinandersetzung mit ihr zur Spurensuche wird.

Minna Christinger (1886–1936), eine Freundin der beiden, hat nicht zuletzt aufgrund ihrer Aktivitäten in der Kommunistischen Partei etwas mehr Spuren hinterlassen. Die aus einer Thurgauer Ärztefamilie stammende Ärztin engagierte sich anfänglich in der bürgerlichen Frauenbewegung. Über die Abtreibungsfrage kam sie in die sozialistische Bewegung. Die sozialistischen Frauen forderten eine legalisierte Abtreibung nicht nur bei medizinischer, sondern auch bei sozialer Indikation. Ärzten und Ärztinnen, die sich mit den Problemen der Arbeiterschicht konfrontiert sahen, musste diese Forderung naheliegend erscheinen. Minna war neben ihrer Arbeit als Ärztin noch Redaktorin der sozialistischen Zeitungen *Revoluzzer, Vorkämpferin* und *Die arbeitende Frau*, wo sie beispielsweise über ihre Erfahrungen mit Patientinnen aus dem Proletariat berichtete. Seit der Gründung 1921 war sie Mitglied der KPS, und 1927 reiste sie als internationale Korrespondentin nach Moskau, um die Situation der russischen Frauen zu studieren. Nach dem Tod ihres Mannes 1929 lebte sie mit ihrer Praxiskollegin Elisa Brennwald-Kläsi in einer Villa am Zürichberg, wo die beiden für die Rote Hilfe deutsche Flüchtlinge versteckten.

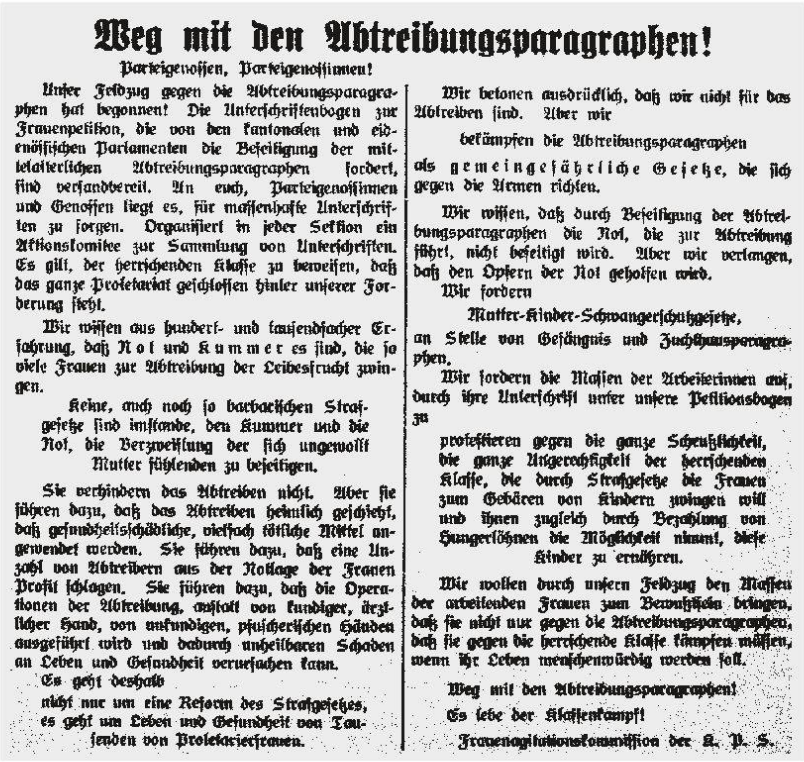
Aufklärung und Agitation des Proletariats

In ihren Praxen erlebten diese drei, wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen, das alltägliche Elend der sozialen Unterschicht. Illegale Abtreibungen waren das nicht ungefährliche Mittel der Geburtenregelung für Frauen, die sich Empfängnisverhütung nicht leisten konnten oder wenig darüber wussten. Ein wissenschaftlicher, von moralischen Implikationen befreiter Blick auf die Sexualität, der solche ökonomisch bedingten Probleme aufdecken sollte, war das Ziel der Sexualreformbewegung, in deren Namen sich der Brupbacher-Kreis engagierte. Die Forderungen nach der Abgabe kostenloser Verhütungsmittel als bestes Mittel gegen die Abtreibungen, und nach einer besseren Aufklärung des Proletariats, stellten sie in einen gesellschaftskritischen Kontext. In Aufklärungsreferaten und Broschüren informierten sie über die neusten Verhütungsmittel, warnten vor gefährlichen Abtreibungen und denunzierten die gängige Sexualmoral als Herrschaftsstrategie der Mächtigen.

Fritz Brupbacher

Die Argumentation der Reformerinnen und Reformer für einen neuen Sexualitätsbegriff baute auf die Anerkennung der Natürlichkeit des Geschlechtstriebs. Um diesen «lebensbestimmenden, gewaltigen Trieb» angemessen befriedigen zu können, mussten verbreitete Ängste aus dem Weg geräumt werden: die Angst vor den gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Onanie, ebenso wie die vor einem zu starken Geschlechtstrieb oder vor einer sexuellen «Gefühlskälte» der Frau – und vor allem die Angst der Arbeiterfrauen vor einer Schwangerschaft, die sich negativ auf das Geschlechtsleben dieser Frauen und deren Stellung in der Gesellschaft auswirke: «Erst wenn sich die Frau von der Sklaverei der Gebärmutter emanzipiert, wird sie sich überhaupt emanzipieren. […] Zu reichlicher Kindersegen ist gegenwärtig das grösste

Hindernis für die persönliche Vervollkommnung und die freie Entwicklung des Weibes der arbeitenden Klasse. Geistig und körperlich richten zu viele Geburten die Frau zugrunde, machen sie zu einem tiefstehenden Wesen, einem Menschen zweiter Ordnung.» Die «sexuelle Gleichberechtigung» der Frauen bedingte deren ökonomische Unabhängigkeit in der Ehe. Die neue, auf einem Gefühl der «freien Liebe» ruhende Ehe unter Gleichberechtigten sollte die bürgerliche Versorgungsehe ablösen, die der Brupbacher-Kreis als ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis analysierte, das die Ehefrau zu einer Prostituierten mache.



Weg mit den Abtreibungsparagraphen!

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Unser Feldzug gegen die Abtreibungsparagraphen hat begonnen! Die Unterschriftenbogen zur Frauenpetition, die von den kantonalen und eidgenössischen Parlamenten die Beseitigung der mittelalterlichen Abtreibungsparagraphen fordert, sind versandbereit. An euch, Parteigenossinnen und Genossen liegt es, für massenhafte Unterschriften zu sorgen. Organisiert in jeder Sektion ein Aktionskomitee zur Sammlung von Unterschriften. Es gilt, der herrschenden Klasse zu beweisen, daß das ganze Proletariat geschlossen hinter unserer Forderung steht.

Wir wissen aus hundert- und tausendfacher Erfahrung, daß Not und Kummer es sind, die so viele Frauen zur Abtreibung der Leibesfrucht zwingen.

Keine, auch noch so barbarischen Strafgesetze sind imstande, den Kummer und die Not, die Verzweiflung der sich ungewollt Mutter fühlenden zu beseitigen.

Sie verhindern das Abtreiben nicht. Aber sie führen dazu, daß das Abtreiben heimlich geschieht, daß gesundheitsschädliche, vielfach tötliche Mittel angewendet werden. Sie führen dazu, daß eine Unzahl von Abtreibern aus der Notlage der Frauen Profit schlagen. Sie führen dazu, daß die Operationen der Abtreibung, anstatt von kundiger, ärztlicher Hand, von unkundigen, pfuscherischen Händen ausgeführt wird und dadurch unheilbaren Schaden an Leben und Gesundheit verursachen kann.

Es geht deshalb

nicht nur um eine Reform des Strafgesetzes,

es geht um Leben und Gesundheit von Tausenden von Proletarierfrauen.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir nicht für das Abtreiben sind. Aber wir

bekämpfen die Abtreibungsparagraphen

als gemeingefährliche Gesetze, die sich gegen die Armen richten.

Wir wissen, daß durch Beseitigung der Abtreibungsparagraphen die Not, die zur Abtreibung führt, nicht beseitigt wird. Aber wir verlangen, daß den Opfern der Not geholfen wird.

Wir fordern

Mutter-Kinder-Schwangerschutzgesetze,

an Stelle von Gefängnis und Zuchthausparagraphen.

Wir fordern die Massen der Arbeiterinnen auf, durch ihre Unterschrift unter unsere Petitionsbogen zu

protestieren gegen die ganze Scheußlichkeit, die ganze Ungerechtigkeit der herrschenden Klasse, die durch Strafgesetze die Frauen zum Gebären von Kindern zwingen will und ihnen zugleich durch Bezahlung von Hungerlöhnen die Möglichkeit nimmt, diese Kinder zu ernähren.

Wir wollen durch unsern Feldzug den Massen der arbeitenden Frauen zum Bewußtsein bringen, daß sie nicht nur gegen die Abtreibungsparagraphen, daß sie gegen die herrschende Klasse kämpfen müssen, wenn ihr Leben menschenwürdig werden soll.

Weg mit den Abtreibungsparagraphen!

Es lebe der Klassenkampf!

Frauenagitationskommission der S. P. S.

Minna Christinger berichtete in der *arbeitenden Frau* optimistisch über das neue Selbstbewusstsein der Frauen, das sie in ihrer Praxis antreffe: «Ich bin immer wieder erstaunt über diese jungen Mädchen. Mit welcher Sachlichkeit sie über die sexuellen Dinge sprechen, wie klar sie ihre eigene Situation beurteilen. Keine, aber auch keine Spur mehr von dem naiven Gretchen. Selbständig sein, auf eigenen Füssen stehen, auch im Geschlechtsleben nicht einfach Opfer des Schicksals werden. […] Im Laufe der letzten 3 bis 4 Jahre habe ich eine ganze Anzahl ähnlicher Fälle erlebt und sie werden immer häufiger.»

Abtreibungskontroverse

Als zwischen 1890 und 1940 eine Vereinheitlichung des bisher kantonal geregelten Strafgesetzes auf Bundesebene angestrebt wurde, sollte auch die Strafbarkeit der Abtreibung neu geklärt werden. Wenn der Brupbacher-Kreis also «Sexualpolitik» betreiben wollte, dann war dies die Gelegenheit. Die Position der Kommunistinnen in der Abtreibungsfrage wurde zudem durch die Gesetzgebung in der Sowjetunion massgeblich beeinflusst. Als weltweit erster Staat hatte man dort schon 1917 das Abtreibungsverbot abgeschafft und 1920 den freien kostenlosen ärztlichen Schwangerschaftsabbruch eingeführt, Verhütungsmittel freigegeben und Beratungsstellen eröffnet.

Anlässlich der Strafgesetzrevision im Kanton Basel-Stadt, machte der sozialistische Abgeordnete Franz Welti bereits 1919 eine Eingabe für die soziale Indikation des Schwangerschaftsabbruchs und scheiterte nur knapp. Die sozialistischen Frauen machten für dieses Scheitern nicht zuletzt ihre eigenen Genossen verantwortlich, von denen acht bei der Abstimmung gefehlt hatten. Auf Druck der Frauenagitationskommission genehmigte die KPS im Herbst 1922 eine Kampagne gegen den «Abtreibungsparagrafen», die unter anderem eine Frauenpetition beinhaltete, welche allerdings an mangelnden Unterschriften scheiterte. In Inseraten und auf Flugblättern stellten die Frauen klar, dass sie Abtreibungen zwar nicht befürworteten. Solange aber der Staat die Not nicht lindere, welche die Frauen zu Abtreibungen zwinge, seien die repressive Politik und der Abtreibungsparagraf zu bekämpfen.

Im Januar 1925 zog Minna Christinger Bilanz über verschiedene Versammlungen, die im Rahmen der Kampagne

abgehalten worden waren. Sie sprach von «zwei Riesenversammlungen in Bern», die beide überfüllt gewesen seien, und von einer Versammlung in Basel. Über die zweite Berner Versammlung berichtete sie von einer einmütigen Zustimmung des Publikums, der nur zwei «religiös-soziale Ärzte» nicht entsprochen hätten. Einer von ihnen, Dr. Lang aus Langenthal, publizierte denn auch einen Bericht über den Vortrag im *Aufbau*, der Wochenzeitung der religiösen SozialistInnen. Hier nannte er die Möglichkeit, durch Verhütungsmittel Wollust «ohne die Gefahr einer Schwangerschaft» zu erleben eine «Satansweisheit», und er empörte sich über das Publikum, welches «frenetischen Beifall» gezollt habe. Lang schloss den dreispaltigen Artikel mit folgenden wütenden Worten: «Der Verlauf dieser Versammlung erlaubt uns in die grausigen Niederungen hinunterzublicken, in denen der Mensch sich bewegen würde, wenn er diese [moralischen] Gesetze über Bord wirft […]. Nicht auf das Niveau des Tieres würde er hinabsinken – wo ist das Tier, das sich selber abtreibt, wo ist das Tier, dem Wollust Hauptzweck, Fruchtbarkeit unerwünschte Nebenerscheinung bedeutet […]. Auch hier rufen wir, mit Ragaz: Gefahr im Verzug, alle Mann auf Deck.» Das Verhältnis der Kommunistinnen und Kommunisten zu den Religiös-Sozialen war spannungsgeladen. In der Anti-Kriegsbewegung schien eine Zusammenarbeit möglich zu sein, doch darüber hinaus zeigten sich zu viele Differenzen. Fritz Brupbacher meinte zynisch: «Aber es ging nicht: Wir waren für Fressen, Saufen und Huren, und die Sozial-Religiösen wollten gar nichts wissen von den Vergnügungen des Bauches und der Zunge, und so fiel unsere Allianz auseinander, bevor sie recht zustande gekommen war.»

In den Parlamentsdebatten 1929 bis 1931 setzte sich schliesslich der bürgerliche Antrag für eine straffreie Abtreibung nur aus medizinischer Indikation durch. Die von der KPS geforderte soziale Indikation wurde nicht berücksichtigt. Die Frustration über die schwierige Mobilisierbarkeit der Frauen für ein Thema, das diese in den Augen des Arztes alltäglich betraf, war gross.

Sexualität als politisches Programm?

Bei ihren Anstrengungen, die sexuelle Frage als soziale Frage und damit als politisches Thema zu etablieren, hatten der Brupbacher-Kreis und seine Entourage mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen. Erstens waren die hauptsächlich angesprochenen Arbeiterfrauen über das als privat geltende Thema der Abtreibung schwer mobilisierbar. Zweitens gab es den Begriff der Sexualität als einen diverse Aspekte umfassenden Problemkomplex so nicht. Prostitution, Geschlechtskrankheiten, Abtreibung und uneheliche Mutterschaft wurden in der zeitgenössischen Öffentlichkeit als unterschiedliche und vornehmlich Hygiene und Sittlichkeit betreffende Themen behandelt. Drittens hatte die Bewegung wenig Zeit: mit der Restauration der alten Gesetzgebung durch Stalin in der Sowjetunion schwanden die Hoffnungen der Linken auf eine (sexuelle) Revolution. Nach Hitlers Machtergreifung wurden die Deutschen Sexual-Reformerinnen und -reformer verfolgt, und damit verschob sich auch in den umliegenden Ländern der Fokus. Kriegsstimmung kam auf, Flüchtlingshilfe und Friedensarbeit waren gefragt – die Sexualität verschwand erst recht wieder in den privaten Bereich. ●